PROZESSE

Sgarbi-Anwalt klagt über Münchner Justiz

Fünf Wochen vor Prozessbeginn gegen Helg Sgarbi, den mutmaßlichen Erpresser der Milliardärin Susanne Klatten, hat Sgarbis Anwalt Egon Geis scharfe Kritik an der Münchner Justiz geübt. Dass die für das Landgericht München I zuständige Pressestelle vor zwei Wochen den kompletten, zwölfseitigen Anklagesatz ohne Sperrfrist an alle interessierten Journalisten verteilt habe, sei ein „einzigartiger Vorgang“ und in seinen Augen „sogar strafbar“. Damit sei sein Mandant vor dem Prozess durch die Medien „massiv vorverurteilt worden, noch dazu mit Hilfe einer Gerichtspressestelle“, kritisierte Geis. Die Art und Weise, in der Sgarbi „öffentlich vorgeführt“ werde, sei auch den Delikten, über die verhandelt werde, nicht angemessen: „Es geht nur um Betrug, versuchten Betrug und Erpressung, nicht um Serienmord.“ Dass sein Mandant an den Pranger gestellt werde, sei daher schon eine Form von Bestrafung. Geis forderte, dass dies auch im Urteil mildernd berücksichtigt werden müsse. Zu einem möglichen Deal im Prozess äußerte sich Geis nicht. Spekulationen zufolge könnte Sgarbi einen Strafrabatt dafür erhalten, dass er mit einem frühen Geständnis den Opfern eine peinliche Zeugenaussage in öffentlicher Verhandlung erspart. Allerdings äußerte Geis, dass die Verbreitung immer neuer Details durchaus Auswirkungen auf den Prozess haben könne: „Ich schweige, was auch im Sinne der betroffenen Damen ist, andere dagegen pumpen immer mehr Informationen in die Öffentlichkeit.“ Das könne die Verteidigung „zwingen, kämpferisch in die Beweisaufnahme zu ziehen“, da ihr durch ständige Veröffentlichungen fast ganz „die Luft für ein anderes Vorgehen genommen“ werde. Die Gerichts-Pressestelle begründete die Herausgabe des Anklagesatzes mit dem Presserecht. Unterdessen zeichnet sich ab, dass im Verfahren der mutmaßliche Sgarbi-Komplize Ernano Barretta allenfalls eine untergeordnete Rolle spielen wird. Barretta, der in Italien in Haft sitzt, sollte nach anfänglichen Vermutungen das Erpressungsvideo einer intimen Begegnung von Sgarbi und Klatten gedreht haben. Dieser Verdacht habe sich nicht erhärten lassen, teilte Anton Winkler, Sprecher der Münchner Staatsanwaltschaft I, mit. Dementsprechend taucht Barretta im Anklagesatz überhaupt nicht mehr auf. Damit bleibt im Prozess möglicherweise auch ungeklärt, ob Sgarbi lediglich unter einem dominierenden Einfluss des angeblichen Sektenführers Barretta gehandelt hatte. Denn weder Staatsanwaltschaft noch Verteidigung haben Winkler zufolge eine psychologische Begutachtung Sgarbis veranlasst, die darüber hätte Aufschluss geben können.

MARTIN LEISSL

Geis

OLYCOM / ACTION PRESS

Sgarbi

DER MÜNCHHAUSEN-TEST

TIM BRAKEMEIER / DPA

„Wer Schulden aufnimmt, muss sie zuverlässig tilgen. Wir haben im Übrigen beim Erblastentilgungsfonds bewiesen, dass wir das können. Er wurde 1995 eingerichtet und hatte damals einen Schuldenstand von umgerechnet 171 Milliarden Euro. Jetzt ist er getilgt.“

Bundeskanzlerin **Angela Merkel** am 14. Januar 2009 in ihrer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag

DIE FAKTEN

Der Erblastentilgungsfonds wurde eingerichtet, um die hohen Kosten der deutschen Einheit zu bewältigen. Von den 171 Milliarden Euro, die Merkel erwähnt, sind nach Angaben des Bundesfinanzministeriums rund 77 Milliarden Euro durch die Überweisung von Bundesbank-Gewinnen und die Versteigerung der UMTS-Lizenzen getilgt worden. Der Rest sei durch eine Anschlussfinanzierung getilgt worden. Das heißt, es wurden zur Tilgung alter Schulden neue Kredite aufgenommen. Diese wurden aber nicht im Erblastentilgungsfonds verbucht, sondern im Bundeshaushalt. Was an einer Stelle getilgt wurde, tauchte an anderer Stelle als Schulden wieder auf.

DER TEST

Viele Hausbesitzer kennen das Prinzip der Anschlussfinanzierung. Ein Kredit wird fällig, und weil man ihn nicht aus eigener Tasche bezahlen kann, nimmt man zur Tilgung einen neuen auf. Niemand würde deshalb behaupten, die Schulden für das Haus seien getilgt. Ähnlich verhält es sich mit dem Erblastentilgungsfonds: Über die Hälfte der seinerzeit aufgenommenen Schulden belasten den Staat immer noch. Sie werden nur einfach woanders verbucht. Die Worte der Kanzlerin suggerieren aber eindeutig etwas ganz anderes. Sie sollen beim Wähler den Eindruck vermitteln, die im Zuge der Einheit gemachten Schulden seien abbezahlt. Zunächst war man noch geneigt zu glauben, Merkel sei vom Finanzministerium und ihren eigenen Fachleuten falsch informiert worden. Der stellvertretende Regierungssprecher Thomas Steg betont aber, die Kanzlerin habe ganz genau gewusst, wie es sich mit dem Fonds verhalte.

FAZIT

Die Bundeskanzlerin hat die Wähler demnach bewusst getäuscht.